

Thesen zur Verteidigung der Dissertation "Kommunal Finanzen und die Einführung von Bürgerhaushalten in Deutschland - eine empirische Analyse der Diffusion aus ökonomischer Sicht" - Janina Apostolou

- Die zentrale Forschungsfrage der Dissertation lautet: Welche Faktoren führen aus ökonomischer Sicht zur Einführung von Bürgerhaushalten in Deutschland? Der Bürgerhaushalt ist ein einjähriges Verfahren, bei dem die Bürger¹ einer Gemeinde mit lokalen Entscheidungsträgern über die Verteilung von öffentlichen Einnahmen und Ausgaben diskutieren.
- Die Dissertation umfasst vier Themenfelder. Das erste Themenfeld beinhaltet die Analyse der Rolle der Kommunen im föderalen System Deutschlands und beleuchtet, wie sich die Einführung von Bürgerhaushalten in dieses System einfügt. Das zweite Themenfeld ist die Verbreitung von Bürgerhaushalten und die Frage, wie Bürgerhaushaltsprozesse in Deutschland umgesetzt werden. Das dritte Themenfeld beschäftigt sich mit der Frage, wie die Einführung und Verbreitung von Bürgerhaushalten durch ökonomische Theorien erklärt werden kann. Basierend auf dieser Analyse werden Forschungshypothesen formuliert. Im vierten Themenfeld wird ökonometrisch untersucht, welche Faktoren die Wahrscheinlichkeit der Einführung eines Bürgerhaushalts beeinflussen.
- Durch die Bearbeitung dieser Themen leistet die Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Fachliteratur, indem sie mindestens fünf Forschungslücken schließt.
 - Erstens gibt es keine Studien, die die Einführung von Bürgerhaushalten mit den kommunalen Finanzen in Deutschland verbinden (*Forschungslücke 1*). Die Beziehung zwischen Bürgerhaushalten und der traditionellen kommunalen Haushaltspolitik, der Zusammensetzung des Haushalts und fiskalischen Indikatoren wie Haushaltsdefizit sind noch nicht ausreichend erforscht worden.
 - Zweitens gibt es einen Mangel an Studien, die ökonomische Theorien zur Erklärung der Einführung von Bürgerhaushalten heranziehen (*Forschungslücke 2*). In der vorhandenen Literatur wird die Einführung von Bürgerhaushalten meist aus der Sicht der Politikwissenschaften analysiert. Diese Studie trägt zum Wissen über Bürgerhaushalte bei, indem ökonomische Theorien herangezogen werden, um die Einführung von Bürgerhaushalten zu erklären.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Nomen in diesem Thesenpapier die männliche Form verwendet. Die betroffenen Begriffe beziehen sich auf alle Geschlechter.

- Drittens gibt es bisher keine empirischen Studien, die die Unterschiede in den Variablen zwischen Kommunen mit und ohne Bürgerhaushalt in Deutschland untersuchen (*Forschungslücke 3*). In dieser Arbeit werden eine Clusteranalyse und ein Mittelwertvergleich angewendet, um die Unterschiede in den Haushalts- und Wirtschaftsvariablen zwischen Kommunen mit und ohne Bürgerhaushalt zu beschreiben.
- Viertens gibt es keine Studien, die den Zusammenhang zwischen der Einführung von Bürgerhaushalten und wirtschaftlichen Variablen ökonometrisch analysieren (*Forschungslücke 4*). Empirische Studien bestehen meist aus Fallstudien, Experteninterviews oder kleineren Umfragen. Bislang gibt es keine Studie, die systematisch analysiert, welche Faktoren zur Einführung von Bürgerhaushalten in Deutschland führen. Die vorliegende Studie soll diese Lücke schließen, indem eine logistische Regressionsanalyse mit einem dafür selbstzusammengestellten Paneldatensatz durchgeführt wird, um herauszufinden, welche Faktoren einen Einfluss auf die Einführung von Bürgerhaushalten in Deutschland haben.
- Fünftens trägt diese Arbeit zur Fachliteratur bei, indem sie quantitativ untersucht, welche Faktoren zu den verschiedenen Stadien der Einführung von Bürgerhaushalten führen, wie z.B. Einführung oder Fortführung (*Forschungslücke 5*).

Thema 1- Die Rolle der Kommunen im föderalen System Deutschlands und die Einführung von Bürgerhaushalten

- Deutschland ist laut Artikel 20 des Grundgesetzes ein föderaler Staat mit einer dreistufigen Regierungsstruktur. Unterhalb der Bundesebene gibt es 16 Länder. Auf der untersten Ebene gibt es 11.014 Gemeinden², die verfassungsrechtlich zu den Ländern gehören und der Weisung und Aufsicht der Länder unterliegen. Art. 28 Abs. 2 GG gewährt den Gemeinden das Recht der kommunalen Selbstverwaltung. Das erlaubt ihnen auch einen Ermessensspielraum bei der Haushaltsführung. Alle Entscheidungen über die Finanzen einer Gemeinde liegen in den Händen eines gewählten Bürgermeisters und des gewählten Gemeinderats. Gemeinsam sind sie innerhalb bestimmter Grenzen frei, über wichtige Infrastrukturinvestitionen zu entscheiden, Kommunalsteuern zu erheben und öffentliche Schulden zu machen. Das bedeutet sie sind auch frei in der Entscheidung einen Bürgerhaushalt einzuführen.

² Statistisches Bundesamt (2019b). Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales 2019. Online: www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Jahrbuch/statistisches-jahrbuch-2019-dl.pdf?__blob=publicationFile (last access: 30/05/2022).

- Auch wenn das deutsche Grundgesetz den Gemeinden weitgehende Selbstverwaltungsrechte einräumt, werden viele kommunale Aufgaben von übergeordneten staatlichen Ebenen auf die kommunale Ebene übertragen. Der Gemeinderat entscheidet nur über einen kleinen Teil des Haushaltes, während ein großer Teil durch kommunale Pflichtaufgaben von der Bundesebene vorgegeben wird. Somit kann nur ein kleiner Teil der kommunalen Einnahmen und Ausgaben in einem Bürgerhaushalt zur Diskussion gestellt werden.
- Die Regeln für die kommunale Selbstverwaltung und die demokratische Ordnung in der Kommune sind in der Gemeindeordnung festgelegt. Sie wird auf Landesebene für alle Kommunen im jeweiligen Land beschlossen. Die Gemeindeordnungen unterscheiden sich von Land zu Land und somit sind auch der Umfang und das Volumen der kommunalen Aufgaben zwischen den einzelnen Ländern und ihren Kommunen unterschiedlich. Je nach Aufgabenverteilung erfüllen die Kommunen einen kleineren oder größeren Teil der öffentlichen Aufgaben und haben entsprechend geringere oder höhere Ausgaben. Diese Unterschiede können die Entscheidung zur Einführung von Bürgerhaushalten beeinflussen, da Ausgaben und Einnahmen im Mittelpunkt von Bürgerhaushaltsprozessen stehen. Kommunen, die im Vergleich zur Landesebene einen höheren Anteil an Aufgaben haben, könnten einen größeren Anreiz haben, einen Bürgerhaushalt einzuführen, um die Präferenzen ihrer Einwohner hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen zu ermitteln.
- Um ihr Recht auf Selbstverwaltung wahrnehmen zu können, muss den Gemeinden finanzielle Autonomie gewährt werden. In der Realität sind die Kommunen jedoch zu einem großen Teil auf Einnahmen angewiesen, die aus Quellen stammen, die sie kaum beeinflussen können. Dies muss bei der Analyse der Verbreitung von Bürgerhaushaltsprogrammen in Deutschland berücksichtigt werden. Da die Kommunen nur über einen kleinen Teil der Einnahmen autonom entscheiden können, ist der Spielraum für die Bürger, in einem Bürgerhaushaltsprozess über die kommunalen Einnahmen zu entscheiden, begrenzt. Daher ist die Motivation für die Einführung eines Bürgerhaushalts gering und die Verbreitung von Bürgerhaushaltsverfahren in Deutschland langsam.
- Die kommunale Kreditaufnahme ist eine weitere mögliche Einnahmequelle für deutsche Kommunen. Verschuldung kann allerdings zu erheblichen Eingriffen in die kommunale Selbstverwaltung führen. Insbesondere die Möglichkeit, freiwillige Aufgaben anzubieten, über die autonom entschieden werden kann, schrumpft mit zunehmender Verschuldung. Dennoch haben viele deutsche Kommunen eine hohe öffentliche Verschuldung. Wie bereits erwähnt, haben die deutschen Kommunen relativ wenig Autonomie über ihre Ausgaben.

Darüber hinaus unterliegen die Kommunen in Finanzkrisen der Kontrolle durch die übergeordnete staatliche Ebene. Bürgerhaushalte können in so einer Situation eine gute Möglichkeit sein, um die Öffentlichkeit über die schlechte Finanzlage ihrer Gemeinde zu informieren und sie aufzufordern, mitzuentcheiden, in welchen Bereichen die freiwilligen öffentlichen Ausgaben gekürzt werden sollen. Auf diese Weise könnten die Politiker bei den Bürgern Verständnis für die Haushaltskürzungen wecken und gleichzeitig an Popularität gewinnen, indem sie die Bürger am Haushaltsverfahren teilhaben lassen. So können sie die Gefahr verringern bei der nächsten Wahl abgestraft zu werden. Daher wird erwartet, dass je schlechter die Haushaltslage einer Kommune ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie einen Bürgerhaushalt einführt.

- Den Gemeinden wird die Möglichkeit eingeräumt, ihre eigenen Angelegenheiten durch den Erlass von Satzungen zu regeln. Dabei sind sie verpflichtet, bestimmte Satzungen zu erlassen, wie z.B. die kommunale Hauptsatzung, die die Konstituierung und Organisation der Kommune bestimmt, und eine Haushaltssatzung, in der sie die Ausführung ihres Haushaltsplans regelt. Die Entscheidungsbefugnis über den kommunalen Haushalt liegt bei den gewählten Vertretern einer Kommune. Dies gilt sowohl für Bürgerhaushalte als auch für andere Formen der direktdemokratischen Entscheidungsfindung, was bedeutet, dass Petitionen und Volksentscheide keine Haushaltsfragen behandeln können. In den letzten Jahrzehnten haben alle Länder mehr oder weniger weitreichende rechtliche Instrumente zur direkten Beteiligung der Bürger in ihre Verfassungen aufgenommen. Auch die Anzahl der Bürgerhaushaltsverfahren hat zugenommen, jedoch nicht im gleichen Maß wie die Anzahl anderer direktdemokratischer Instrumente. Die Regelungen zur Haushaltsbildung und die Ausgestaltung der föderalen Finanzbeziehungen in Deutschland tragen dazu bei, dass die Ausbreitung des Bürgerhaushalts eher langsam verläuft.
- Das Haushaltsverfahren ist ein hoch technischer Prozess und die Rechtsetzung der Länder ist nicht einheitlich. Je nach Größe einer Gemeinde kann der Haushaltsplan zwischen mehreren hundert und mehreren tausend Seiten umfassen. Um ihm Informationen entnehmen und interpretieren zu können, sind fundierte Kenntnisse der Haushaltssystematik, des Haushaltsrechts und der Haushaltspolitik notwendig. Hier können Bürgerhaushaltsprogramme dazu beitragen, die Transparenz für die Bürger zu verbessern.

Thema 2 - Ursprünge des Bürgerhaushalts und Verbreitung und Umsetzung von Bürgerhaushaltsprozessen in Deutschland

- Seit dem ersten Bürgerhaushalt im Jahr 1989 im brasilianische Porto Alegre hat sich der Bürgerhaushalt zu einem globalen Phänomen entwickelt. Allerdings sind die Verbreitung, die Formen und die Gründe für die Einführung von Bürgerhaushalten von Land zu Land sehr unterschiedlich. All diese individuellen Erfahrungen mit Bürgerhaushalten können in verschiedene Idealtypen von Bürgerhaushalten eingeordnet werden. Die deutschen Bürgerhaushalte fallen in die Kategorie „partizipative Modernisierung“. Der Hauptzweck dieser Art von Bürgerhaushalten besteht darin, die Bürger über die finanzielle Situation der Kommunen zu informieren. Der Prozess ist rein konsultativ, da letztlich keine Entscheidungsbezugnis auf die Bürger übertragen wird. Dieser unverbindliche Charakter von Bürgerhaushalten könnte die eher langsame Verbreitung von Bürgerhaushalten in Deutschland erklären.
- Seit der Durchführung des ersten Bürgerhaushaltsprozesses im Jahr 1998 in Deutschland hat eine wachsende Zahl von Kommunen Bürgerhaushalte ausprobiert. Angesichts der Tatsache, dass nur etwa 100 von 11.014 Kommunen in Deutschland Bürgerhaushalte eingeführt haben (Stand 2018), hat jedoch nur ein kleiner Anteil von etwa 0,9 % der deutschen Kommunen mit diesem Instrument experimentiert.
- In Deutschland werden Bürgerhaushalte im Rahmen der Bemühungen eingeführt, die Verwaltung effizienter zu gestalten und die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen besser auf die Wünsche der Bürger abzustimmen, die im Rahmen des New Public Management-Ansatzes als Kunden betrachtet werden. Beim Bürgerhaushalt in Deutschland geht es in erster Linie darum, die finanzielle Situation der Kommune transparent zu machen. Dies gilt insbesondere für Kommunen, die sich in einer Haushaltskrise befinden. In Deutschland hat sich sogar eine Sonderform des Bürgerhaushalts entwickelt, die sogenannten „Sparhaushalte“, bei denen die Bürger aufgefordert werden, Sparvorschläge zu machen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.
- Trotz der wachsenden Aufmerksamkeit, die dem Bürgerhaushalt in der wissenschaftlichen Literatur zuteilwird, gibt es einige Lücken in der Literatur, insbesondere aus ökonomischer Sicht. Die Auswirkungen von Bürgerhaushalten auf die kommunale Haushaltspolitik, die Zusammensetzung des Haushalts und fiskalische Indikatoren wie das Haushaltsdefizit sind noch nicht ausreichend erforscht worden. Darüber hinaus gibt es bisher keine Studien, die systematisch untersuchen, welche Faktoren Kommunen dazu veranlassen, Bürgerhaushalte einzuführen.

Thema 3 - Erklärung der Einführung und Verbreitung von Bürgerhaushalten durch ökonomische Theorien

- Die US-amerikanische Public Administration Literatur befasst sich damit, unter welchen Umständen Bürger am Haushaltsverfahren beteiligt werden und wie sich ihre Beteiligung auf den Haushalt auswirkt. Als Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit der Einführung von Bürgerhaushalten beeinflussen, wurden die folgenden identifiziert: die Struktur und Form der Regierung, die Bevölkerungsgröße und -vielfalt einer Gemeinde und das lokale politische Umfeld.
- Fiskalische Föderalismustheorien aus denen z.B. das Dezentralisierungstheorem von Oates, das Coase Theorem und das Tiebout-Modell entstanden sind, werden verwendet, um zu erklären, welche positiven Auswirkungen Bürgerhaushalte auf den wirtschaftlichen Wohlstand haben können. Ein Bürgerhaushalt bietet den Bürgern ein institutionelles Forum, um ihre Präferenzen zu äußern. Dadurch könnte die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen verbessert werden. Darüber hinaus könnte ein Bürgerhaushalt zur Schaffung von Steuergerechtigkeit beitragen und so zu solideren öffentlichen Finanzen und einem stärkeren Bewusstsein für die Kosten und den Nutzen öffentlicher Dienstleistungen führen.
- Die Public-Choice-Theorie und Erkenntnisse aus der empirischen Forschung werden herangezogen, um zu erklären, warum sich Kommunalpolitiker für die Einführung eines Bürgerhaushalts entscheiden könnten. Wenn man davon ausgeht, dass Politiker als eigennützige Individuen handeln, sind sie daran interessiert, wiedergewählt zu werden. Durch die Einführung von Bürgerhaushalten können sie bis zu einem gewissen Grad die Verantwortung für unpopuläre Haushaltskürzungen abwälzen. Politiker in fiskalisch gesunden Kommunen haben weniger Anreize, einen Bürgerhaushalt einzuführen, da sie ihre Macht nicht aufgeben wollen und daran interessiert sind, dass ihr eigenes politisches Handeln mit der guten finanziellen Lage der Kommune in Verbindung gebracht wird.
- Die Literatur über die Diffusion politischer Innovationen zeigt, dass geografisch benachbarte Staaten dazu neigen, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Auch geografisch weit entfernte Staaten mit ähnlicher Demografie, politischer Ideologie und Haushaltslage führen im Laufe der Zeit ähnliche Maßnahmen ein. Darüber hinaus hat der politische Wettbewerb einen Einfluss auf die Einführung von Bürgerhaushalten.
- Resultierend aus der Diskussion der ökonomischen Theorien werden die folgenden zehn Forschungshypothesen formuliert:

- Aus der Sicht eines gewählten Amtsträgers ist die Einführung von Bürgerhaushalten besonders attraktiv, wenn die Kommune sich in einer finanziellen Notlage befindet. In so einem Fall sind Kommunalpolitiker in ihren politischen Entscheidungen bereits sehr eingeschränkt und können durch die Einbindung der Öffentlichkeit Sympathien gewinnen. Dies bietet eine Erklärung dafür, dass Bürgerhaushalte in Deutschland häufiger in Ländern mit hoher kommunaler Verschuldung eingesetzt werden und oft auf Einsparungen ausgerichtet sind. Eine Hypothese zur Frage, welche ökonomischen Faktoren die Einführung von Bürgerhaushalten beeinflussen, lautet daher:

Hypothese 1: Je schlechter die Haushaltslage einer Kommune ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Bürgerhaushalte einführt.

- Die zweite Hypothese, die damit zusammenhängt und auf den Erkenntnissen der Public-Choice-Literatur beruht, betrifft den Bürgerhaushalt als politisches Instrument zur Wiederwahl. Daher lautet die zweite Hypothese:

Hypothese 2: Gemeinden mit schlechter Haushaltslage führen mit größerer Wahrscheinlichkeit Bürgerhaushalte ein, wenn Wahlen kurz bevorstehen.

- Die Public Administration Literatur hat das institutionelle Umfeld als einen Faktor identifiziert, der die Einführung von Bürgerbeteiligung im Haushaltsprozess positiv beeinflusst. Wie oben gezeigt variiert die institutionelle Ausgestaltung deutscher Kommunen je nach Land und Gemeindeordnung. Daher kann geprüft werden, ob Unterschiede in der institutionellen Ausgestaltung eine Rolle bei der Entscheidung für die Einführung eines Bürgerhaushaltsverfahrens spielen. Außerdem ist die Einführung eines Bürgerhaushalts ein dezentalisierendes Instrument, so dass Unterschiede im bereits bestehenden Zentralisierungsgrad einen Einfluss auf die Entscheidung zur Einführung eines solchen Instruments haben können. Die folgenden zwei Hypothesen werden bezüglich der institutionellen Ausgestaltung aufgestellt.

Hypothese 3: Die Art der kommunalen Verfassung hat einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Einführung von Bürgerhaushalten. Je mehr Kompetenzen die Gemeindeordnung dem Amt des Bürgermeisters relativ zum Gemeinderat einräumt, desto wahrscheinlicher ist die Einführung eines Bürgerhaushaltes.

Hypothese 4: Je höher der Kommunalisierungsgrad, desto wahrscheinlicher ist es, dass eine Gemeinde einen Bürgerhaushalt einführt.

- Die Theorien und der Literaturüberblick in diesem Kapitel haben gezeigt, dass die vorherrschende politische Ideologie einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Einführung einer politischen Innovation hat. Daher wird auch geprüft, ob das politische Umfeld in deutschen Kommunen einen Einfluss auf die Einführung von Bürgerhaushalten hat. Da Bürgerhaushalte ein Instrument sind, das eher mit linken Parteiideologien assoziiert wird, könnte die Wahrscheinlichkeit der Einführung mit der Anzahl der Sitze linker Parteien im Gemeinderat steigen.

Hypothese 5: Je größer der Anteil der Sitze von Mitte-Links- und Linksparteien im Stadtrat ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit der Einführung von Bürgerhaushalten.

- Sozioökonomische und strukturelle Voraussetzungen als interne Merkmale einer Kommune beeinflussen die Motivation zur Einführung von Bürgerhaushalten. Darüber hinaus wurde argumentiert, dass Gemeinden, die mit fiskalischen Schwierigkeiten konfrontiert sind, mit größerer Wahrscheinlichkeit Bürgerhaushalte einführen, da diese Gemeinden auch durch relativ schlechtere wirtschaftliche Voraussetzungen gekennzeichnet sein könnten. Um festzustellen, ob das wirtschaftliche Umfeld die Einführung von Bürgerhaushalten beeinflusst, werden die folgenden Hypothesen getestet:

Hypothese 6: Das sozioökonomische Umfeld in einer Kommune beeinflusst die Wahrscheinlichkeit der Einführung von Bürgerhaushalten.

- Die vorgestellten Theorien und die Literatur legen nahe, dass die Größe einer Kommune einen Einfluss auf die Einführung von Bürgerhaushalten hat. Bürgerhaushalte könnten in größeren Städten notwendiger sein, während Lokalpolitiker in kleineren Städten eher die Möglichkeiten haben, direkt mit den Bürgern im Rahmen von informellen Aktivitäten zu interagieren. Die Hypothesen bezüglich des Einflusses der Größe auf die Einführung von Bürgerhaushalten werden wie folgt formuliert:

Hypothese 7: Je größer eine Gemeinde ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie Bürgerhaushalte einführt.

Hypothese 8: Je größer eine Kommune ist und je höher ihre Verschuldung ist, desto wahrscheinlicher ist die Einführung von Bürgerhaushalten.

- Eine weitere Hypothese ist, dass Gemeinden, die durch ein positives Innovationsklima geprägt sind eher eine politische Innovation wie einen Bürgerhaushalt einführen.

Hypothese 9: Gemeinden, die sich durch ein positives Innovationsklima auszeichnen, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, einen Bürgerhaushalt einzuführen.

- In Anlehnung an die Literatur über die Verbreitung politischer Innovationen wird eine Hypothese über regionale Einflüsse auf die Einführung von Bürgerhaushalten getestet. Das epidemische Diffusionsmodell wird häufig zur Erklärung der Verbreitungsmuster wirtschaftlicher Innovationen verwendet. Es legt den Schwerpunkt auf die geografische Nähe bei der Weitergabe des Wissens über die Innovation. Dieses Modell kann auch angewendet werden, um die Verbreitung von Bürgerhaushalten zu erklären. Die Wahrscheinlichkeit, dass Informationen über das Bürgerhaushaltsverfahren potenzielle Anwender erreichen, ist größer, wenn es bereits mehr Kommunen in geografischer Nähe gibt, die Bürgerhaushaltsverfahren anwenden. Die Hypothese bezüglich der Auswirkung der geografischen Nähe auf die Einführung von Bürgerhaushalten lautet daher:

Hypothese 10: Je größer der Anteil von Gemeinden in einem Land, die bereits einen Bürgerhaushalt haben, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch andere Kommunen in diesem Land einen Bürgerhaushalt einführen.

Thema 4 - Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit der Einführung eines Bürgerhaushaltsprozesses beeinflussen

- Die für die empirische Analyse verwendete Stichprobe besteht aus 2.951 deutschen Kommunen für die Jahre 2008 bis 2014.
- Eine Clusteranalyse zeigt, dass es in Deutschland eine Gruppe von Kommunen mit ähnlichen Merkmalen gibt, die Bürgerhaushalte eingeführt haben, und eine Gruppe, in der die Kommunen keine Bürgerhaushalte eingeführt haben. Die Kommunen in der Gruppe mit Bürgerhaushalten zeichnen sich durch eine höhere Verschuldung, höhere Personal- und Sozialausgaben und eine größere Einwohnerzahl aus.
- Kommunen mit und ohne Bürgerhaushalt unterscheiden sich hinsichtlich der Mittelwerte von Variablen, die die fiskalische Situation, das institutionelle Umfeld, die sozioökonomischen Voraussetzungen und die Größe einer Kommune sowie die Nähe zu anderen Kommunen messen und die Einführung von Bürgerhaushalten beeinflussen.
- Die Ergebnisse der logistischen Regression führen zur Annahme der zentralen Hypothese der Arbeit, die besagt, dass die finanzielle Situation einer Kommune einen starken Einfluss auf die Einführung von Bürgerhaushalten hat. Die Ergebnisse zeigen, dass je höher die Verschuldung einer Kommune ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie einen Bürgerhaushalt

einführt (*H1*). Im Einzelnen ergeben sich die folgenden weiteren Ergebnisse aus der Regressionsanalyse:

- Die Hypothese, dass bevorstehende Kommunalwahlen die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bürgerhaushalt eingeführt wird, positiv beeinflussen, kann nicht angenommen werden (*H2*). In der vollständigen Modellspezifikation haben die Dummy-Variablen für die Kommunalwahlen die erwarteten positiven Vorzeichen. Allerdings sind die Koeffizienten statistisch nicht signifikant.
 - Die Hypothese, dass das institutionelle Design eine Rolle für die Einführung von Bürgerhaushalten in Deutschland spielen, kann nicht angenommen werden (*H3, H4*). Der Koeffizient der Variable Kommunalisierungsgrad hat das erwartete positive Vorzeichen, ist aber nicht statistisch signifikant. Der Koeffizient für die Variable, die die Stärke des Bürgermeisters relativ zum Gemeinderat misst, hat ein unerwartetes negatives Vorzeichen, ist aber signifikant. Dieses Ergebnis ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, da die Variable auf Landesebene gemessen wird und so durch landesspezifische Besonderheiten verzerrt sein könnte.
 - Die Hypothese, dass die politische Richtung einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit zur Einführung eines Bürgerhaushalts hat, kann nicht angenommen werden (*H5*). Die Koeffizienten für die politischen Parteien haben zwar die erwarteten positiven Vorzeichen, sie sind aber nicht statistisch signifikant.
 - Das sozioökonomische Umfeld beeinflusst die Wahrscheinlichkeit der Einführung von Bürgerhaushalten. Höhere Sozialausgaben erhöhen die Wahrscheinlichkeit der Einführung von Bürgerhaushalten (*H6*).
 - Die Größe einer Gemeinde hat einen positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Einführung von Bürgerhaushalten (*H7*).
 - Ein innovatives Klima in einer Gemeinde erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bürgerhaushalt in Erwägung gezogen oder angenommen wird (*H9*).
 - Die geografische Nähe zu anderen Kommunen, die Bürgerhaushalte einsetzen, hat einen positiven Einfluss auf die Einführung von Bürgerhaushalten (*H10*).
- Eine ordinale logistische Regression zeigt, dass der Schuldenstand, die Bevölkerungsgröße, das Innovationsklima und die Nähe zu anderen Kommunen, die Bürgerhaushalte eingeführt

habe, einen signifikanten Einfluss auf die Phasen „Vorform“ und „Einführung“ haben. Sie haben auch einen Einfluss auf die Phasen „Fortführung“ und „Einstellung“. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht signifikant.

- Demnach erklären diese Faktoren nicht ausreichend, warum Kommunen einen Bürgerhaushalt fortsetzen oder einstellen. Hier können andere Faktoren wie die Beteiligungsquote und der Erfolg eines Bürgerhaushaltsprogramms wichtige Erklärungsfaktoren sein

Fazit

- Die Hauptforschungsfrage der Dissertation lautete: Welche Faktoren führen aus ökonomischer Sicht zur Einführung von Bürgerhaushalten in Deutschland?
- Eine theoriegeleitete Analyse zeigt, dass Faktoren wie die finanzielle Situation einer Kommune, das institutionelle Umfeld, politische Faktoren, die sozioökonomische Situation, die Größe, die Innovationsbereitschaft und die Anzahl anderer Kommunen, die einen Bürgerhaushalt einführen, die Wahrscheinlichkeit der Einführung eines Bürgerhaushalts positiv beeinflussen.
- Diese Ergebnisse wurden durch die empirische Analyse bestätigt. Die Clusteranalyse, der Mittelwertvergleich und die logistischen Regressionen haben ergeben, dass der Schuldenstand, die Größe einer Gemeinde, die Anzahl anderer Gemeinden, die einen Bürgerhaushalt einführen, und das Innovationsklima die Wahrscheinlichkeit, einen Bürgerhaushalt einzuführen, positiv beeinflussen.
- Die ordinale Regressionsanalyse hat zusätzlich gezeigt, dass diese Faktoren vor allem einen Einfluss auf die Phasen „Vorform“ und „Einführung“ eines Bürgerhaushalts haben. Sie haben auch einen Einfluss auf die Phasen „Fortführung“ und „Einstellung“. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht signifikant.
- Diese These wirft weitere Forschungsfragen auf. Zukünftige Studien könnten die Motivation einzelner lokaler Entscheidungsträger genauer analysieren, indem sie den Datensatz durch Interviews und/oder Umfragen mit lokalen Politikern/Experten ergänzen.
- Darüber hinaus kann zukünftige Forschung untersuchen, ob es einen Zusammenhang zwischen der Einführung von Bürgerhaushalten und der Nutzung anderer direktdemokratischer Instrumente wie Referenden und Petitionen gibt und ob sie in einem substitutiven oder komplementären Verhältnis stehen.
- Diese Arbeit enthält Daten für die Jahre um den Höhepunkt der Zahl der Bürgerhaushalte in Deutschland, der 2013 erreicht wurde. In den letzten Jahren haben die Kommunen immer noch Bürgerhaushalte eingeführt, aber die Motive für die Einführung könnten sich geändert

haben. Daher könnte das in dieser Arbeit entwickelte Modell mit neueren Daten getestet werden. Außerdem könnte untersucht werden, ob neuere institutionelle Innovationen wie die Schuldenbremse, die seit 2020 in Kraft ist, einen Einfluss auf die Einführung von Bürgerhaushalten haben.

- Ein weiterer Punkt für die zukünftige Forschung ist weiter zu ergründen, aus welchen Gründen Kommunen einen Bürgerhaushalt fortführen oder abbrechen. Dies würde zu einem differenzierteren Verständnis der Motive für die Einführung beitragen.